

Antragssteller: Kreisvorstand
Begründung erfolgt mündlich

Dringlichkeitsantrag

Der Kreisparteitag von Die Linke Region Hannover möge folgende Solidaritätserklärung für die um ihre Arbeitsplätze und Tarifstandards kämpfenden Beschäftigten bei Volkswagen beschließen:

Solidarität mit den Beschäftigten bei Volkswagen

Lieber Stavros, liebe Tanja, liebe Kolleginnen und Kollegen bei Volkswagen,

wir, die Mitglieder der Linken in der Region Hannover, möchten Euch unsere Solidarität im Kampf um die Arbeitsplätze bei Volkswagen Nutzfahrzeuge und an allen anderen Standorten zum Ausdruck bringen. Es darf keine Werksschließungen geben!

Der Frontalangriff des Vorstands von VW auf eure Tarifverträge und zu allererst auf die seit Anfang der 1990er Jahre geltende Beschäftigungssicherung trifft direkt Beschäftigte und darüber hinaus ihre Familien, Kolleginnen und Kollegen in Zulieferer- und Dienstleistungsbetrieben sowie die Wirtschaft ganzer Regionen rund um die Werke. Wir wollen, dass Volkswagen Nutzfahrzeuge auch weiterhin Hannovers größter industrieller Arbeitgeber bleibt. Dies muss trotz des dringend notwendigen Umbaus der Industrie und ihrer Produkte zu einer CO²-neutralen Produktion möglich sein. Diese Kraftanstrengung darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bewältigt werden. Hierzu muss die Kapitaleite des VW Konzerns in die Schranken gewiesen werden. Wer Dividenden an die Aktionäre ausschüttet und gleichzeitig von Massenentlassungen und Werksschließungen träumt, gehört entlassen und nicht Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahrzehnten Mehrwert für den Konzern geschaffen haben!

Wir wollen Euch ausdrücklich in der Forderung unterstützen, dass es kleinere und bezahlbare Elektroautos braucht, um die Mobilitätswende auf der Straße voranzutreiben. Der Kurs des Managements war und ist zu lange auf die Produktion von großen, schweren und teuren SUVs und anderen Oberklassemodellen ausgerichtet gewesen. Für diese Managementfehler müssen aber diejenigen haften, die sie begangen haben.

Auch die Politik der Ampelkoalition hat in den letzten Monaten nicht dabei geholfen, den Industriestandort Deutschland nachhaltig zu sichern und die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Um aber günstige Energiepreise und förderliche Rahmenbedingungen für Industrie und Verbraucher*innen zu schaffen, braucht es mehr Geld, als im Haushalt vorgesehen. Deshalb muss die Schuldenbremse endlich abgeschafft werden, um die dringend notwendigen Investitionen und Fördergelder bezahlen zu können. Ansonsten werden wir in Zukunft auf ein Land mit vielleicht wenig Schulden aber ohne Infrastruktur und ohne gut bezahlte Arbeitsplätze auch in der Industrie blicken. Daran werden wir Politiker*innen insbesondere von SPD und Grünen erinnern, denn sie tragen wieder ihre eigene Programmatik Mitverantwortung für die aktuelle Situation.

Wir wünschen Euch in den nun bevorstehenden Kämpfen alle Kraft und Durchsetzungsfähigkeit, um diesen Angriff des Arbeitgebers abzuwehren und stattdessen für die berechtigte Forderung der IG Metall nach 7 Prozent mehr Entgelt und 170 € mehr für die Auszubildenden einzustehen.

Sollte es zu öffentlichen Aktionen und Streiks kommen, wollen wir Euch tatkräftig unterstützen.

Glück auf!

Für die Partei die Linke Region Hannover

Maren Kaminski

Aram Ali